

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Preussisch, Danzig, das Saar und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die neugegründete Nonpareil-Verlagsanstalt über deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Verträge 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Keine Regierungskrise

### Die wahrhaft Schuldigen

Noch steht es nicht fest, ob die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien endgültig ist. Die Nachrichten aus London lassen erkennen, daß man dort erwägt, die Entscheidung zu überprüfen.

Wir haben schon gesagt, daß ganz abgesehen von den schweren wirtschaftlichen und politischen Schäden, die die Entscheidung der Völker für Deutschland bedeutet, sie auch praktisch kaum durchführbar erscheint. Grund genug zur Überprüfung wäre also vorhanden und schon deshalb brauchen wir eine handlungsfähige Regierung, die in ernster und kluger Weise Einfluß ausüben kann. Deshalb ist es wünschenswert und verberbernd, statt die Krise zu beenden, sie ins Unabsehbare zu steigern. Das aber würde die Demission des Kabinetts Wirth im gegenwärtigen Augenblick bedeuten. Und es ist charakteristisch, daß rechtsgerichtete Blätter die Gewissenlosigkeit haben, die Beseitigung der ihr verhassten Regierung auch um solchen Preis herbeizuführen. Schreibt doch das Stimmblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Die Enttäuschung über Oberschlesien reizt nicht nur das Kabinett Wirth in den Abgrund, — auch die Bildung einer neuen Regierung, mag man sich deren Zusammensetzung im einzelnen denken, wie man will, wird so gut wie illusorisch. Hinter dem Verlust Oberschlesiens droht das graue Geistes Chaos, einer Wirren, aus der das verzweifelte deutsche Volk sich nicht mehr herauswinden kann.“

Das ist das klare Eingeständnis, daß die Politik der Rechtsparteien auswegloses Chaos bedeutet. Das aber gilt es eben zu verhindern und deshalb muß das Parlament entscheiden, und es muß klargestellt werden, ob sich Parteien finden, und welche Parteien es sind, die das Chaos herbeiführen wollen.

Im Parlament wird auch deutlich zu sagen sein, wer die Herren sind, die sich jetzt als Richter über das Kabinett Wirth aufspielen. Es ist dieselbe Bande, die die wahrhaft Schuldigen nicht nur an dem Verlust eines Teiles Oberschlesiens, sondern auch allen anderen Verlusten sind. Es ist die Bande, die den Krieg begrüßt, keine Verlängerung gefordert, die Katastrophe herbeigeführt hat, die jetzt für die Folgen ihres Tuns andere verantwortlich macht. Ginge es nicht um das deutsche Volk und sein Schicksal, man könnte wirklich nur wünschen, daß diese Leute die Regierung übernehmen müßten. Schnell täme ihr Bankrott und zu dem Verlust Oberschlesiens würden bald noch viel schwerwiegendere kommen.

Glaubt man denn wirklich, daß jetzt durchführbar wird, was im Mai als katastrophal erkannt worden ist? Eine demokratische Troppolitik läßt sich ja an Stammtischen vertreten; in der harten Wirklichkeit würde sie an den realen Machtverhältnissen in kürzester Zeit scheitern. Damit aber auch Deutschland.

Es ist die Gefahr einer solchen Politik, die an den Börsenplätzen des In- und Auslandes mit einem Sturz der Mark beantwortet worden ist. Und diesmal hat die Börse das richtige Gefühl gehabt. Deshalb müssen wir aus dem politischen Wirrwarr heraus. Jeder Tag, der noch verloren wird, bringt unendlichen wirtschaftlichen und politischen Schaden. Es ist unerhört, daß industrielle Kreise die politische Verantwortung dazu ausnützen, um mit der Einstellung ihrer Kreditaktion zu drohen. Es ist unsinnig, mit dem Bruch der Verpflichtungen zu drohen, die wir eingegangen sind. Das Herumfucheln mit der verdorrten Hand ist nicht Politik, sondern Verdrücktheit.

Mit aller Entschiedenheit muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft sich nicht nach dem hysterischen Geschrei der Presse und nicht nach der Verantwortungsscheu demokratischer Minister orientieren wird, sondern daß sie Besonnenheit und Vernunft verlangt. Sie durchschaut die Gesellen, die jetzt die nationale Erregung zu ihren reaktionären monarchistischen Zwecken ausnützen wollen und kennt sie als ihre Todfeinde. Für die anderen aber, die diesen gefährlichen Gegnern der Republik mit ihrer unüberlegten Stimmungsmache Helfershelferdienste leisten, hat sie nur ein höhnisches Lächeln. Dieses Treiben der letzten Tage hat nur Schaden angerichtet. Es ist Zeit, daß der Reichstag zusammentritt und Klarheit geschaffen wird.

### Die Stellung der Regierung

Ueber die Auffassungen der Regierung über die augenblickliche Lage erfahren wir folgendes:

Ein endgültiger Beschluß darüber, was geschehen soll, kann erst gefaßt werden, wenn die Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten über die oberschlesische Frage bekannt geworden ist. Bis dahin müssen die politischen Geschäfte in der bisherigen Weise weitergeführt werden, und nichts wäre richtiger, als in diesen Tagen die Pläne ins Korn zu werfen. Es muß zunächst in Ruhe abgemessen werden, wie weit die Ent-

scheidung über die oberschlesische Frage die politische Entwicklung in Deutschland beeinflussen kann. Es war in der letzten Zeit deutlich zu erkennen, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes das Verständnis dafür im Wachsen war, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe. Insbesondere die Besprechungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft haben nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland die größte Beachtung gefunden. Es hatten sich zwar kritische Stimmen, besonders aus den sozialistischen Kreisen gefunden, die in dem Angebot der kapitalistischen Kreise kein deutlich sichtbares Opfer des Besten erblicken wollen. Und insbesondere die Sozialdemokratische Partei verlangte, wenn schon den breiten Massen des Volkes eine große Belastung auferlegt werden sollte, daß dann auch die übrigen Kreise des Volkes, insbesondere die besitzenden Klassen, nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit Opfer bringen müßten. Diese Auffassung teile auch die Regierung. Wenn kein Ausgleich darüber zu finden ist, so würde es um die künftige Entwicklung in Deutschland außerordentlich schlimm bestellt sein. Es werde genau zu prüfen sein, ob die Meinung der Vertreter der Industrie, daß eine Verleistung in Gold genügend Opfergeist offenbare und daß auch der Verlust an Kreditfähigkeit schon ein Opfer bedeute, richtig sei. Auch die Frage werde sorgfältig erwogen werden, ob die Übernahme einer Anleihe auf die Feuerliche Leistung, insbesondere bei der Landwirtschaft, abgelehnt werden könne.

Die verantwortlichen Leiter der Regierung sehen ihre hauptsächlichste Aufgabe darin, für eine möglichst lange Zeit eine ruhige Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen und mit dazu beizutragen, daß in der Welt die machtpolitischen Erwägungen von wirtschaftlichen abgelöst werden. Einige Ansätze in dieser Hinsicht waren schon zu bemerken. Es wäre daher ein Verhängnis, wenn durch die jetzige Entwicklung dieses Ziel nicht erreicht werden könne. Zunächst müssen alle Kräfte gesammelt werden, die eine derartige Politik mitmachen wollen, und das sei auch die Frage der künftigen Koalitionsbildung. Nach außen muß gezeigt werden, daß in Deutschland die republikanisch-demokratische Entwicklung garantiert sei. Man könne nicht jenen verfolgen, der die Monarchie für eine bessere Staatsform als die Republik halte, und es komme auch weniger auf die bisherigen Erklärungen einer bestimmten Partei an, sondern auf die Erklärung der künftigen Regierung.

Grundsätzlich falsch sei es, wenn ein Kabinett nach einem augenblicklichen Mißerfolg seiner Politik sofort seine Demission gebe und dadurch eine Krise heraufbeschwöre. Der Verlauf der bisherigen Krisen habe gezeigt, daß sie in keiner Weise genügt hätten. Im Reichstage sei noch jedesmal ein Durcheinander der Parteien entstanden, und in kurzer Zeit habe immer ein Kabinett gebildet werden müssen, das nicht lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt werden konnte. Das jetzige Kabinett halte es daher für seine Pflicht, solange am Ruder zu bleiben, bis die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien gefallen sei, und dann eine Aussprache im Reichstage herbeizuführen.

### Zusammentritt des Obersten Rates

Paris, 13. Oktober.

Wie der „Matin“ aus London meldet, wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche der Oberste Rat in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundesrates in betreff Oberschlesiens zu erörtern.

CC. Paris, 13. Oktober.

Wie der „Petit Parisien“ ausführt, hat die französische Regierung der englischen Regierung am 6. Oktober mitgeteilt, daß eine Tagung des Obersten Rates am 10. Oktober wäre und daß es am einfachsten wäre, die Völkerbundeskonferenz zu beauftragen, die über Oberschlesien gefällte Entscheidung in Kraft treten zu lassen. In London aber sieht man, wie bereits gestern mitgeteilt wurde, auf dem Standpunkt, daß man zunächst die Lösung des Völkerbundes kennenternen müsse und daß man dessen sicher sein müsse, daß sie nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspreche.

Diese Prüfung, die London zu beginnen wünscht, erregt in Paris zweifelloses Mißvergnügen. Der „Petit Parisien“ erklärt, man scheine es nur schwer zu begreifen, daß man die Prozedur durch solche Verzögerungen noch verlängere. Man müsse sich auf englischer Seite Rechenschaft darüber ablegen, daß durch solche Verzögerungen neue üble Gerüchte entstehen könnten, wie sie über die englische Regierung schon in den letzten Tagen verbreitet waren. Dies wäre um so peinlicher, als der allgemeinen Aufregung damit nur neuer Zündstoff zugeführt würde.

Auch auf französischer Seite beginnen sich bereits Bedenken gegen die Genfer Lösung geltend zu machen, und es ist bezeichnend, daß selbst ein Regierungsblatt wie das „Journal“ heute in dem Schiedspruch des Völkerbundes dunkle Punkte findet. Zunächst ist es nicht selbstverständlich, daß die Deutschen die wichtigsten Mittelpunkte der Produktion behalten, und dem „Journal“ ist es namentlich peinlich, daß der Bahnhof von Gleiwitz in deutschen Händen bleiben soll. Ueber die in Oberschlesien einzusetzende gemischte Kommission erzählt man, daß sie aus zwei Deutschen, zwei Polen und einem Neutralen bestehen wird.

### Yser und Ypern

Von Paul Lange

Am 16. Oktober wollen, nach Zeitungsmeldungen, die Monarchisten in der Berliner Garnisonkirche eine Gedächtnisfeier für die im Herbst 1914 an der Yser und am Ypern-Kanal Gefallenen veranstalten. Der wahre Zweck ist natürlich, nationalistische Stimmungen zu wecken, der aber gerade dann nicht erreicht wird, wenn sich das Volk vergegenwärtigt, was sich an der Yser und bei Ypern zugetragen hat.

Die dortigen Kämpfe sind nämlich ein Schulbeispiel dafür, wie selbst vom militärischen Standpunkte aus die deutsche Heeresführung in sinnloser Weise mit Menschenkraft gewüßet hat. Oberstleutnant Foerster sagt in seinem Buche „Graf Schlieffen und der Weltkrieg“, das kürzlich erschienen ist: „Der eine Name Ypern genügt als Beweis dafür, daß der deutsche Generalstabschef zur Erreichung seines Zieles, die Engländer vernichtend zu schlagen, mit Menschenkraft und Menschenblut so wenig geizigt hat, daß darauf die schwierige Lage Deutschlands (nach diesen Kämpfen) zum guten Teil zurückzuführen ist.“ An der Yser und bei Ypern wurden die vier Kinderkorps eingesezt, die Generalmajor Baumgarten-Crusius in seiner Schrift „Die deutsche Heeresführung im Marnefeldzug 1914“ eine kopflos überführte Neubildung nennt, die man wegen ihrer mangelnden Ausbildung zunächst nur in Abwehrkämpfen hätte benutzen dürfen.

Nach der im Auftrage des Generalstabes des Feldheeres von Hauptmann Schwink im Jahre 1918 herausgegebenen „Schlacht an der Yser und bei Ypern 1914“, bestanden diese Kinderkorps zu drei Vierteln aus jungen Kriegsfreiwilligen, zu einem Viertel aus Erfahrungsveteranen, Landwehr und Landsturm. Ganze Regimenter waren nur aus Studenten zusammengesetzt, abgesehen von den Offizieren; ganze Klassen höherer Lehranstalten waren mit ihren Lehrern bei ein und derselben Kompagnie eingetreten.

Oberbefehlshaber der für die Flandernkämpfe neugebildeten vierten deutschen Armee war der Herzog Albrecht von Württemberg, der sich schon im August und September 1914 als ein unfähiger, menschenkraftvergebender Führer der alten vierten Armee „bewährt“ hatte, aber wohl aus dynastischen Gründen wieder in eine Führerrolle betruhen worden war, wie sie der preussische und der bayerische Kronprinz bekleideten.

Am 16. Oktober erging der Marschbefehl gegen die Yser und den Ypern-Kanal; am 19. Oktober war sich die Führung darüber klar, daß den neugebildeten Truppen eine sehr schwere Aufgabe bevorstand. Namentlich zwischen Bizchote — Langemarck — Zonnebete — Ghelvelst standen ihnen am 22. Oktober hinter starken Drahthindernissen und hinter einem kunstvollen Gewirr von Schützengraben ausgewählte englische und französische Truppen gegenüber. Dagegen wurden die deutschen Kinderkorps ohne entsprechende Artillerieunterstützung vorgetrieben: „Die wohlgezielten Geschosse aus den vorbereiteten Stellungen des Gegners hielten furchtbare Ernte“, berichtet Hauptmann Schwink.

Am 25. Oktober begann der Sturm auf Dixmuiden, nach Hauptmann Schwink hat sich dort „einer der furchtlichsten Ortskämpfe entwickelt. Furchtbar wüteten die in den Randhäusern eingebauten Maschinengewehre und die westlich der Yser zusammengeballten Artilleriemassen“ in den Reihen der anstürmenden Deutschen.

Nordwestlich Dixmuiden, dem Meere zu, haben nach der Darstellung von Hauptmann Schwink „in dem schwierigen, mit Sumpfen, bis zu 15 Meter breiten Wassergräben, dichten, verdrähteten Heden durchzogenen Gelände die deutschen Angreifer Unmensliches geleistet.“ Am 30. Oktober begann dort der deutsche Sturm auf Neuport und Ramscapelle; das Reserveregiment 48 drang in Ramscapelle ein — aber der Boden wurde in der ganzen Gegend so festsam sumpfig.

Am 11 Uhr 30 Minuten abends meldete der Generalstabs-offizier der 6. Reserve-Division, daß infolge andauernden Steigens des Wassers der Angriff nicht mehr fortgesetzt werden könnte. Was war geschehen? In unergleichlichem Opfermute waren die Angreifer am 30. erst bis zu den Knöcheln, dann stellenweise bis zu den Knien im Wasser gewatet. Kaum konnte man aus dem lehmigen Boden die Füße noch herausziehen. Wer sich in dem furchtbaren Artillerie-, Maschinengewehr- und Gewehrfeuer etwa hinlegen wollte, war verloren. Man schob den häufigen Regengüssen der letzten Tage die Schuld am Steigen des Wassers zu und hoffte, daß bei Einsetzen der Trockenheit das vorzügliche Kanalsystem die Tagwasser rasch ableiten würde. Das Steigen der Wasser verhinderte bald das Nachziehen von Fahrzeugen mit Munition und Verpflegung; aber der deutsche Siegeswille wollte auch dieser Schwierigkeit Herr werden. Als aber die tapferen Angreifer vom Eisenbahndamm her zurückzuziehen, sah es aus, als ob hinter ihnen das Land versunken wäre. Die grünen Wiesen waren mit einer schmutzigen, gelben Wasserbede überspült. Nur noch Häusertrümmer und Reihen von wasserumspülten Alleebäumen bezeichneten den allgemeinen Verlauf der Straßen. Es wurde klar (Anmerkung: was die Heerführer längst hätten merken müssen. B. L.), daß der Feind die Kanalschleusen gesprengt und die Meeressflut zu Hilfe gerufen hatte.

Am selben Tage war südlich davon von den Deutschen unter vielen Opfern Bizchote erobert worden. Nachdem es erobert war, gab man es wieder preis. Denn „die diese



Page des Ortes, dessen zerstörte Häuser nur wenig Deckung boten, brachte die siegreichen deutschen Regimenter in ein mörderisches Artilleriefeuer, welches tapfer ausgehalten wurde. Jedoch waren hierbei die Verluste größer als beim Sturm.

Ende Oktober war, um den abgelämpften Kinderkorps zu Hilfe zu kommen, eine neue Armeegruppe von Fabek gebildet worden. Hauptmann Schwinz schreibt darüber:

„Die Kämpfe, die mit Einzug der neuen deutschen Stoßgruppe beginnen, haben in ihrer Wildheit beinahe mittelalterlichen Charakter. Aus jedem Haus, aus jedem Waldstück, aus jeder Mauer wachte der Feind einen Stützpunkt zu machen. Die Unseren mußten jede dieser Burgen mit blutigen Verlusten stürmen. Waren sie durch die erste feindliche Festungsreihe hindurch, stießen sie auf eine zweite. Mit großer Geschicklichkeit benutzte der Gegner das dem deutschen Angriffe ungünstige Gelände. . . . In den wenig gangbaren Dorfstraßen löste sich der Kampf in Einzelgefechte auf. Die Heldentaten, die unsere tapferen Truppen fast aller deutschen Stämme hier vollbrachten, vermag keine Geschichtsschreibung gebührend zu schildern. . . . Die Schlacht bei Ypern im Herbst 1914 wird für ewige Zeiten ein Denkmal deutschen Opfer- und Heldennutes sein.“

So wird der Bericht zu einem Hohelied, wie die Soldaten Leib und Leben für das wilhelminische Reich opferten. Sie wußten freilich nicht, in welcher gewissenloser Weise die Heeresführung mit ihrem Blute wüstete; sie wußten nicht, daß die deutsche Heeresführung im „beschleunigten Verfahren“, das man auch „abgekürztes Verfahren“ nannte, liegen wollte, d. h. den Materialeinsatz der Gegner durch rücksichtsloses Auf-Spiel-Setzen der Menschen zu überwinden hoffte.

Das überleitete Einsehen der vier neuen Korps auf dem Schlachtfeld an der Yser hatte sie beinahe restlos geopfert! — sagt Major Baumgarten-Crusius. Etwa 100 000 Mann hatte man auf deutscher Seite nach den Angaben, die damals Admiral v. Tirpitz aus dem kaiserlichen Hauptquartier machte, in der Zeit von Mitte Oktober bis November 1914 allein an der Yser und am Ypern-Kanal verloren.

Ueber die Kämpfe an der Marne im September 1914 urteilt General von Kuhl, damals Chef des Generalstabes der 1. Armee, in seinem Buche: „Der Marnefeldzug 1914“: „Mancher Fehler müssen wir uns . . . schuldig bekennen. Nur die Truppe war fehlerlos. Sie hat nie versagt, sie hat das Unmögliche möglich gemacht.“

Die Kämpfe an der Yser und am Ypern-Kanal (genannt der Kinderkord von Ypern) waren nicht nur ein Fehler, sondern auch vom militärischen Standpunkte aus ein Wahnsinn, den jetzt die Monarchisten feiern wollen.

## Wien in Gefahr

### Vor einem ungarischen Ueberfall

Wien, 12. Oktober.

Die Abendblätter berichten, nach den an militärischen Stellen vorliegenden Meldungen der letzten Tage erweise es sich, daß die Ungarn eine größere Unternehmung gegen Wiener-Neustadt planen. An der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teile und am Neudorfweg seien Truppenmassen zusammengezogen, die heute bereits nach vorsichtigen Schätzungen 40 000 Mann betragen. Die Ungarn machten zwei Stoßkolonnen marschfertig, von denen die eine einen Angriff auf Wiener-Neustadt unternehmen, die andere zunächst gegen den Semmering und von hier aus ebenfalls gegen Wiener-Neustadt vorgehen solle. Diese Kolonne solle sich, wie die Blätter weiter melden, in erster Linie der großen Munitionslager bemächtigen und die kaiserlichen Arbeiterwehren am Steinfeld mit einem Schlag beseitigen. Dann dürfte sie einer Unternehmung gegen Wien geschritten werden.

In Wien wurde ein monarchistisches Flugblatt verbreitet, das die österreichischen Soldaten auffordert, nicht auf die Ungarn zu schießen, sondern zu ihnen überzugehen.

Wie die Wiener Abendblätter melden, sind die Hauptleute Prgnbil und Rallig des österreichischen Alpenjägerbataillons unter dem Verdachte des Einverständnisses mit ungarischen Bandenführern und des Diebstahls von Maschinengewehren verhaftet worden.

Während der italienische Außenminister Della Torretta auf der Konferenz in Venedig die Komödie der

„Vermittlung“ zwischen dem bedrohten Oesterreich und der Horthy-Regierung inszeniert, rüsten die ungarischen Banden zum entscheidenden Vorstoß gegen Wien. Ueberflüssig zu sagen, daß ein solcher Vorstoß den ganzen Komplex der mitteleuropäischen Fragen erneut auflösen und unabsehbare politische Folgen nach sich ziehen muß. Die Staatsmänner in London, Paris und Rom täuschen sich über den Ernst der Lage, wenn sie den ungarisch-österreichischen Konflikt als eine Pappalie abtun und die Horthy-Banden, die mit Wein und schönen Weibern die Kunst der Entente-generale erfrischen haben, nach Belieben schalten und walten lassen. Die Bevölkerung Deutsch-Oesterreichs, nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite Kreise des Bürgertums, sind nicht gewillt, sich diese Verhöhnung ihres Rechts ruhig gefallen zu lassen. Sie wird die Republik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen den äußeren und inneren Feind verteidigen, und ist dessen gewiß, daß nicht nur das Proletariat der ganzen Welt ihm seine moralische Unterstützung leiht, sondern daß in erster Linie die Tschechoslowakei, die eine Armee von 70 000 Mann marschbereit an der Grenze hält, ihr zu Hilfe eilt, wenn die ungarischen Banden österreichischen Boden betreten.

## Die Großdeutschen für die Republik

Gestern Abend fand eine Vertrauensmännerversammlung der Großdeutschen Volkspartei statt, in der eine Entschliegung gegen den Karlistmus und seine Gefahren für die Sicherheit der Bewohner der Republik einstimmig angenommen wurde.

## Die sozialistische Regierung in Schweden

### Branting wieder Ministerpräsident

Wie wir bereits mitteilten, hat der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, die Bildung des neuen schwedischen Kabinetts übernommen. Die Regierung wird rein sozialistisch sein. Die Liberalen haben es abgelehnt, in das Ministerium einzutreten. Sie sagen ihm aber für eine demokratische Reformpolitik ihre Unterstützung zu.

Nach den Wahlen im vorigen Jahre mußte das Kabinett Branting, das damals aus Sozialisten und Liberalen bestand, zurücktreten, da die Liberalen ihre weitere Mitwirkung verweigerten und die Sozialdemokraten nicht stark genug waren, allein die Verantwortung auf sich zu nehmen. Es wurde eine Beamtenregierung gebildet, die unter mancherlei Schwierigkeiten und Fährlichkeiten die Geschäfte führte, so gut es eben gehen wollte.

Da das Parlament eine Verfassungsänderung angenommen hatte, mußten in diesem Herbst wiederum Wahlen stattfinden. Das Wahlrecht war erweitert worden, verschiedene Schranken, die bisher darin bestanden hatten, waren gefallen und vor allem war die politische Gleichberechtigung der Frauen Tatsache geworden. Im neuen Parlament sind die Sozialisten beträchtlich erstarkt, während die bürgerlichen Parteien eine verhältnismäßige große Einbuße erlitten hatten. Von den 230 Sitzen der Zweiten Kammer verfügte die sozialdemokratische Partei über 97, dazu kamen noch 6 Linkssozialisten und 7 Kommunisten, die ebenfalls dem neuen Ministerium gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen wollen.

Schweden macht zurzeit eine schwere wirtschaftliche Krise durch. Der Absatz nach Mitteleuropa stößt, die Arbeitslosigkeit ist groß. Die bürgerlichen und besonders die konservativen Elemente bringen zur Heilung der Not die den Kapitalisten geläufigen Rezepte in Vorschlag. Sie wollen den Achtstundentag beseitigen, das Streikrecht der Arbeiter einschränken und möglichst hohe Zollschränken einführen. Das neue Kabinett wird natürlich diese Vorstöße ablehnen. Es wird ferner bemüht sein, demokratische und sozialpolitische Reformen durchzuführen. Ob es darüber hinaus im Sinne der Sozialisierung arbeiten kann, wird abzuwarten sein. Da es im Parlament keine sozialistische Mehrheit gibt, wird es in dieser Beziehung nicht allzuviel zu erreichen imstande sein.

## Das preussische Staatsministerium

### Vorstöße gegen das Kabinett Stegerwald

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags begannen gestern die Beratungen über den Haushalt des Staatsministeriums. Berichterstatter war Genosse Leid, der verschiedene Einzelproben im Etat bemängelte. In der Debatte wies Severing auf die Treibereien in der ober-schlesischen Frage hin, die darauf hinausliefen, das Kabinett Wirth zu kürzen. Severing fragte, was die preussische Regierung getan habe, um diesen Treibereien entgegenzuarbeiten? Der Lebensmittelmacher hat bedrohliche Formen angenommen, insbesondere sei durch die Zurückhaltung der Kartoffeln eine Lage entstanden, die zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gebe. Wenn nicht bald ein Preisabbau und eine bessere Belieferung des Marktes einträte, dann sei im Ruhrgebiet ein Streik der Arbeiter unvermeidlich. Die Eisenbahner hätten schon jetzt gedroht, die Lebensmittellieferung zu beschlagnahmen, wenn das Ruhrgebiet nicht bald seinen Bedürfnissen entsprechend beliefert werde. Severing schlug zur Erfassung der Kartoffeln die Bildung von Stoßtrupps vor.

Ministerpräsident Stegerwald konnte in der ober-schlesischen Angelegenheit keine klare Auskunft geben. Von den Gefahren, die sich aus der Lebensmittellieferung zu entwickeln drohen, war er unentrichtet. Beschlässe zur Abwehr des Wuchers hat die Regierung jedoch noch nicht gefaßt. Charakteristisch war die Mitteilung, daß Vertreter landwirtschaftlicher Verbände bei Stegerwald vorgelassen haben und das Verlangen stellten, den Erzeugerpreis für Kartoffeln nach dem Dollarwert festzusetzen.

Der Vertreter der Unabhängigen Fraktion, Genosse Kadoh, erhob gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie die Möglichkeit, in der ober-schlesischen Frage mit Voten zu einer direkten Verständigung zu gelangen, nicht wahrgenommen habe. Die Regierung sei allzu lange unerfüllbaren Illusionen nachgegeben. Diejenigen Kreise, die den Rücktritt des Kabinetts Wirth fordern, können nicht angeben, was dann geschehen sollte, wenn Wirth zurückgetreten sei. Leider würden die Treibereien gegen Wirth jetzt auch von den ober-schlesischen Sozialisten unterstützt. Das sei ein Zeichen für die ungeheure politische Verwirrung, die in Ober-schlesien Platz gegriffen habe. Die Unabhängige Partei werde sich mit allen Mitteln gegen den Versuch stemmen, das ober-schlesische Problem mit nationalistischen Mitteln zu lösen. Ein neues Eingreifen der Organe würde auf den allerernsten Widerstand der Arbeiter stoßen. Leider habe die preussische Regierung gegenüber den Gefahren, die von der Krise und den Geheimorganisationen drohen, völlig versagt. Bei dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Regierung Ruhr habe Stegerwald offen für die bayerische Reaktion Partei ergriffen und sich dadurch das Lob des Oberpreussischen Landtags eingeholt. Ministerpräsident Stegerwald habe zwar wiederholt erklärt, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe, aber ein Bekenntnis zur Republik habe er noch nicht abgelegt. Die monarchistischen Bestrebungen würden von der jetzigen preussischen Regierung ganz offensichtlich begünstigt. Die Arbeiterschaft könne einem solchen Ministerium kein Vertrauen entgegenbringen. Auf ihren Schultern ruhe der Bau der Republik, und sie wäre deshalb gezwungen, gegen das Kabinett Stegerwald den härtesten Kampf zu führen.

Der Kommunist Mene er erhob gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie nichts unternommen habe, um mit den antichristlichen Kreisen des Auslandes in Verbindung zu treten und dadurch eine Politik der Verführung und der Verständigung anzubahnen. Der Vorschlag des Herrn Severing, Stoßtrupps der Schutzpolizei zur Erfassung der Kartoffeln aufs Land zu schicken, verpönte nicht viel Erfolg. Es sei besser, mit den Organisationen der Landarbeiter zusammenzuarbeiten, um die verstreut gehaltenen Bestände zu erfassen. Der Vertreter der Unabhängigen Fraktion schloß sich dieser Auffassung an. Die Verhandlungen wurden dann auf den Sonnabend vertagt.

Die Unabhängige Fraktion hat für die Ausschlußberatungen zwei Anträge eingebracht. Antrag 1 verlangt: Der Staatsrat wird abgeschafft und die auf den Staatsrat bezüglichen Bestimmungen der Verfassung werden aufgehoben. Antrag 2 fordert die Beseitigung der preussischen Gesandtschaften. — Daß der Staatsrat schon heute, also wenige Monate nach seinem Bestehen, nicht nur eine überflüssige, sondern sogar höchst schädliche Schöpfung ist, ging daraus hervor, daß der Zentrumsabgeordnete Klost erklärte, durch den Staatsrat würden die Arbeiten des Landtags wesentlich erschwert.

Töblicher Eisenbahnunfall in Wernberg. Auf dem hiesigen Bahnhof entgleiste in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag ein gemischter Zug bei der Ausfahrt nach Vichtenfels. Mehrere Personenwagen wurden eingedrückt, wobei drei Personen getötet und acht verletzt wurden.

## An die deutschen Ärzte, Studenten und Bürger

### Zu meinem 100. Geburtstag

Von Rudolf Virchow

Die Ärzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, und die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre Jurisdiktion.

Der Arzt ist wesentlich ein Vertrauensmann. Von dem Augenblick, wo er diesen Charakter verliert, hört seine Bedeutung auf.

Epidemien gleichen großen Warngstufen, an denen der Staatsmann von großem Sinn lesen kann, daß in dem Entwicklungsgange seines Volkes eine Störung eingetreten ist, welche selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf.

Der demokratische Staat will das Wohlfühlen aller Staatsbürger, denn er erkennt die gleiche Berechtigung aller an. Indem die allgemeine gleiche Berechtigung zur Selbstregierung führt, so hat der Staat auch das Recht, zu hoffen, daß jedermann innerhalb der Schranken der vom Volk selbst erteilten Gesetze sich einen Zustand des Wohlfühlens durch eigene Arbeit zu erringen und begründen wissen werde. Die Bedingungen des Wohlfühlens sind aber Gesundheit und Bildung, und die Aufgabe des Staates ist es daher, die Mittel zur Erhaltung und Vermehrung der Gesundheit und Bildung in möglich größtem Umfange durch die Herstellung öffentlicher Gesundheitspflege und öffentlichen Unterrichts zu gewähren. Es genügt also nicht, daß der Staat jedem Staatsbürger die Mittel zur Existenz überhaupt gewährt, daß er daher jedem, dessen Arbeitskraft nicht ausreicht, sich diese Mittel zu erwerben, beisteht; der Staat muß jedem soweit bestehen, daß er eine gesundheitsgemäße Existenz habe. Das folgt einfach aus dem Begriff des Staats als der sittlichen Einheit aller einzelnen, aus der solidarischen Verpflichtung aller für alle. Es ist falsch, die christliche Barmherzigkeit einzelner für die Erfüllung einer Pflicht aller zu substituieren, wie die Schriftsteller des christlich-germanischen Staats getan haben, und es ist nicht nötig, aus dem Recht aller auf staatliche Garantie des Eigentums das Recht auf dieselbe Garantie des Körpers als des ersten und natürlichsten Eigentums herzuleiten. Wenn der Staat es zuläßt, daß durch irgendwelche Vorgänge, sei es des Himmels, sei es des täglichen Lebens,

Bürger in die Lage gebracht werden, verhungern zu müssen, so hört er rechtlich auf, Staat zu sein, er legalisiert den Diebstahl (die Selbsthilfe) und beraubt sich jedes sittlichen Grundes, die Sicherheit der Personen oder des Eigentums zu wahren.

Kann jemandem in seiner Wohnung nicht die nötige Pflege geboten werden, so muß man ihn in eine Anstalt aufnehmen. Die Ausnahme in ein Krankenhaus muß demnach jedem Kranken, der dessen bedarf, freistehen, gleichviel, ob er Geld hat oder nicht, ob er Jude oder Heide ist. Meldet sich jemand zur Aufnahme, so handelt es sich nur darum, ob er krank ist und ob seine Verhältnisse die Aufnahme in ein Krankenhaus verlangen. Bis jetzt war es aber umgekehrt; man fragte zuerst, ob der Mensch bezahlten könne oder ob ein anderer für ihn zu bezahlen die Verpflichtung habe; und nur im äußersten Notfall, wo es geradezu negativer Mord gewesen sein würde, jemanden abzuweisen, entschied man sich zuweilen für „vorläufig“ unentgeltliche Aufnahme. Wie in dem Armenwesen überhaupt, so suchte auch in dem Krankenhauswesen einer seine Verpflichtungen immer dem anderen zuzuschreiben, und die Anmeldebureaus der Krankenhäuser haben leider den bösen Ruf, den sie besitzen, verdient, weil in ihnen nicht die christliche Barmherzigkeit, nicht die soziale Brüderlichkeit, nicht das natürliche Recht, sondern nur der starre Altruismus zu Hause war.

Die Furcht der Besitzenden, welche jetzt als eine psychische Epidemie in Europa auftritt, ist allerdings ein Wahnsinn und hat das mit dem gewöhnlichen Wahnsinn gemein, daß er zur Abwehr des Gefürchteten gerade die Mittel ergreift, welche seinen Zustand steigern und die äußeren Verhältnisse demnach zerrütten und verwirren, daß endlich das Gefürchtete wirklich wird. Wie der blinde Oedipus hastet sich die jetzige Gesellschaft immer tiefer in ihren bellagenwerten Wahnsinn hinein, und indem sie sich selbst ihre Feinde schafft, dieselben stärkt und endlich zu extremen, also wiederum wahnsinnigen Mitteln treibt, so erzeugt sie selbst ihre Vernichtung, sie erfüllt das Geschick, welches das Orakel ihr prophezeit hat, und sie hinterläßt ihre Widersacher auf einem Standpunkt der Exaltation, der selbst wiederum deren Fall in sich schließt.

Die Universität ist berufen, immer neue Geschlechter junger, wohl vorbereiteter Männer dem Staat und der Gesellschaft zuzuführen, welche, erfüllt mit geordneten Kenntnissen, getragen von sittlichem Ernst, die heilige Flamme der Wissenschaft

bewahren und hinaustragen in alle Witznisse und Dunkelheiten des täglichen Lebens.

Mit prophetischem Geist hat Johann Gottlieb Fichte in seiner denkwürdigen Rede „über die einzig mögliche Störung der akademischen Freiheit“ am 19. Oktober 1811 geschilbert, wohnin es führt, wenn der Student, anstatt das Lernen für seine Hauptaufgabe zu halten, anstatt „alles sein Denken und Sinnen, wie es soll, zu verzerren in seine Wissenschaft“, seine Zeit darauf verwendet, veraltete Traditionen von einem besonderen, privilegierten Stande von Studenten zu pflegen und vermeintliche Vorrechte aufrechtzuerhalten. Es mag genügen, auf diese Rede hinzuweisen, deren Lektüre jedem Studenten empfohlen werden kann. Fichte verwahrte sich damals ausdrücklich dagegen, als spräche er von Zuständen, welche an dieser Universität schon bestanden, aber er verwies auf den „Zustand anderer Universitäten“, und der Ernst seiner Ermahnungen läßt erkennen, daß er die Gefahr als eine drohende ansah, und zwar als eine so drohende, daß er darin die „einzig mögliche Störung der akademischen Freiheit“ erblickte.

Der Student ist ein Bürger, wie die anderen auch, und er muß es wissen, daß er kein anderes Vorrecht mehr besitzt, als das auf Grund seiner Vorbildung ihm gewährte Recht der Lernfreiheit.

Der Student besitzt kein Sonderrecht: der akademische Bürger hat, wie der Staatsbürger überhaupt, die Quelle seines Rechts in der Verfassung des Staates zu suchen.

Es mag dir seltsam erscheinen, wenn ich dir sage, daß Deutschland jetzt nicht mehr umhin kann, eine Republik zu werden, aber ich bin so fest davon überzeugt, wie von meiner eigenen Existenz

Otto von Guericke gestorben. Der verstorbene berühmte Rechtslehrer der Berliner Universität erragte vor einiger Zeit Aufsehen durch seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei. Dieser Austritt war die Antwort auf die Bräuterei seiner Tochter, die bei den Deutschnationalen festgesetzt worden war aus Rücksicht auf die Ueberantfernten der Partei, die Guericke nicht seine jüdische Frau und der Tochter nicht die jüdische Mutter verzeihen konnten.

Dieser Schritt Guericke war bezeichnend für seinen aufrechten und jeder Seite feindlichen Charakter. Lieber trennte er sich ganz von einer Partei, die ihn unwürdig behandelte und ihm „nationalen“ Ideale, die die seinen waren, noch mit antisemitischen



## Die Rechtfertigung des Völkerbundesrats

Genf, 12. Oktober.

Das Völkerbundsekretariat gab heute abend folgende amtliche Mitteilung aus, in der die für die Verlammlung in der obereschlesischen Frage maßgebenden Gesichtspunkte dargelegt werden, ohne daß aber über die Lösung selbst Mitteilungen gemacht werden.

Der Völkerbundsrat hat seine Arbeiten über die Festlegung der Grenze in Oberschlesien beendet. Ein Kurier, der heute abend nach Paris abgeht, wird Herrn Briand, amtierendem Präsidenten des Obersten Rates, die Antwort des Völkerbundsrates auf die Einladung überbringen, die er am 12. August an den Rat richtete mit dem Erlauchen, dem Obersten Rat bei der Lösung des obereschlesischen Problems Beistand zu leisten. Bei der Prüfung dieses Problems mußte auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Völkerbundsrat sowohl die in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Bevölkerung, wie auch die wirtschaftliche und geographische Lage des Landes in Betracht ziehen.

Eine erste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, mit den Bewohnern, die ihre Stimme für Polen abgegeben hatten, miteinander vermengt leben, und zwar in einem Verhältnis, das zwar nicht immer das gleiche, aber in dem dichtbesiedelten Lande doch stets sehr beträchtlich ist, und zwar sowohl unter wirtschaftlichen als auch geographischen Gesichtspunkten. Eine Grenze war unentbehrlich, die Bewohner, die für Deutschland gestimmt hatten, nicht an Polen gegeben hätte, so daß dem Rat kein anderer Ausweg blieb, als diesen Fall dadurch zu verringern, daß er die Grenze so sehr wie möglich dem Abstimmungsresultat anpaßte. Eine derartige Grenzlinie hätte jedoch Gebiete zerhackt, die industriell eng von einander abhängen. Die Aufstellung einer neuen Grenze in einem Gebiet, das sich wirtschaftlich unter denselben Gesichtspunkten und mit denselben Bedingungen entwickelt hatte, mußte auf beiden Seiten der Grenze

### die verhängnisvollsten Folgen

haben. Das wäre auch hier der Fall gewesen, wenn die Errichtung einer neuen Zollgrenze die Auflösung der öffentlichen Betriebe, wie der Bergwerke, den Umlauf deutschen Geldes, das Inkrafttreten einer neuen bürgerlichen und industriellen Gesetzgebung mit sich gebracht hätte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten unmöglich nur durch leichte Abänderung einer einzig auf Grund der Volksabstimmung erlangten Grenze behoben werden. So gibt es Gebiete, in denen die Abstimmung der einen oder anderen Nationalität ein zweifelloses, wenn auch nicht übertragendes Übergewicht gesichert hatte. Selbst, wenn man nun diese Gebiete nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht auf Grund der Volksabstimmung geteilt hätte, würde die Grenze aufgerisse werden, die zwischen wirtschaftlichen Gruppen zer schnitten. Der Rat hat sich daher folgender Lage gegenüber:

Eine Grenzlinie, die nicht das Industriegebiet zerhackt, würde die Hoffnungen und Wünsche von nicht etwa kleinen Minderheiten in unwichtigen Gebieten, sondern von entscheidenden Mehrheiten in sehr wichtigen Gebieten vernichtet haben. Tatsächlich hat nun aber die Volksabstimmung diese Hoffnungen und Wünsche nicht nur zugelassen, sondern auch ermöglicht. Das waren die dem Problem innewohnenden Schwierigkeiten. Langwierige Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre nach dem Friedensschluß hinzogen und eine große Ferköderung in angstrenger Ungewissheit über ihr politisches Schicksal ließen, haben diese Schwierigkeiten noch beträchtlich vermehrt.

Mit der Prüfung des Problems beauftragte der Rat zunächst einen Ausschuss, der sich aus vier Ratsmitgliedern zusammensetzte, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens. Seine Arbeiten überzeugten den Ausschuss davon, daß die Frage nicht dadurch gelöst werden könne, indem einfach eine Grenzlinie aufgestellt werde entweder ausschließlich auf Grund der Volksabstimmung, oder auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen oder infolge eines Ausgleiches zwischen beiden Methoden. Hätte man ohne eine andere Bestimmung die Grenze nach einer dieser Methoden aufgestellt, so wäre man zu den verhängnisvollsten Erscheinungen gelangt. Infolgedessen beschloß der Völkerbundsrat nach gründlichem Studium,

### eine neue Grenzlinie zu empfehlen

und vorzuschlagen, daß während einer bestimmten Periode Garantien gegen jede Verletzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen geboten werden, wobei diese Periode lange genug währen müsse, um eine vollständige und wirksame wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen.

Allgemein anerkannte Sachverständige und Fachleute wurden damit beauftragt, die gleichfalls notwendigen wirtschaftlichen Bestimmungen zu studieren. Die betreffenden Personen gehörten den technischen Organisationen des Völkerbundes an und unterlagen keinerlei Einflüssen, sowohl was ihre Nationalität als auch die Politik der Behörden betrifft, von denen sie ernannt

worden sind, als daß er die Verantwortung für einen geistigen Irrtum mit übernommen hätte. Hierbei hatte immer den Wert seiner Überzeugung, und wie als Politiker, so verfocht er auch als Rechtswissenschaftler das von ihm als wahr Erkannte gegen jedermann. Sein Hauptwerk ist das „Deutsche Genossenschaftsrecht“, eines der wertvollsten und umfassendsten Werke auf diesem Gebiet, das die Rechtsbedeutung von Verbänden historisch und philosophisch darstellt. Er war ein Anhänger der alten deutschen Rechtsauffassung und ein Gegner der römischen Rechtsauffassung. Aus diesem Grunde war er auch ein zum Teil erfolgreicher Gegner des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs, in das er zahlreiche Änderungen hineinbrachte. Hierbei wurde durch zahlreiche internationale Ehrungen den größten Gelehrten der Gegenwart gleichgestellt.

Der Männergesangsverein „Rosenlos“ veranstaltete am Sonntag im Konzerthaus der ehemaligen Brauerei Friedrichshagen ein wohlgeklungenes Konzert. Der riesenhafte Raum war überfüllt, und auch in den Nebengalerien drängte sich eine kaum übersehbare Menge. Das beinahe zu reichhaltige Programm war vielleicht ein bißchen zu romantisch eingestellt, aber der reiche Beifall bewies, daß die Hörer damit einverstanden waren. Der Orchesterstiel des Abends wurde beinahe ganz durch eine Suite von Krieg ausgefüllt, in der die vielfältigen Stimmen seiner Becken-Gymnastik vereint sind. Es folgten à capella-Chöre, darunter „Das heilige Feuer“ des Arbeiterjägers Uthmann. Den Abschluß bildete der nicht oft gehörte, sehr interessante „Freituch“ von Max Bruch, in dem die gute Schule der Sanger (Chormeister Emil Thilo) voll zur Geltung kam. Die Solisten des Abends waren Dore Bach und Ernst Krangemann.

Auch der Arbeiter-Viertelklub gehört diese Woche zu den Opfern der durch die Wahlen geforderten Umstellung. An seiner Stelle beginnen wir morgen mit einer Wahl-Liebesgeschichte des großen Schweizer Dichters Gottfried Keller.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ ausnahmsweise morgen, Freitag, früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Claus Mertens: Gespräche im Gefängnis. — Hellmuth Falkenberg: Philosophen für und gegen die Revolution. VII. Steiner. — Wilhelm Bölsche: Der Ursprung des Lebens. — Der Sozialismus als Erlöser der Kinder. — Hans Siemen: Ein schönes Buch.

### Tages-Notizen

Die Klassen der Arbeiter des Bismarck-Turms sind am Sonntag wegen der Wahlen geschlossen worden. Infolgedessen des hundertsten Geburtstages Bismarcks hat das Reichliche Museum eine Ausstellung der dem großen Reichsverwesler 400 Briefe und Ehrenbriefe veranstaltet. Es sind darunter bemerkenswerte Werke der Malerei, Skulptur, Buchdruck und Glaserkunst. Die Ausstellung ist vom 12. bis 17. Oktober von 10-3 Uhr geöffnet.

wurden. Sie wurden von den vier Ratsmitgliedern aufgefordert, die allgemeinen Maßnahmen zu untersuchen, welche die Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien sichern und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken müssen. Die Projekte, in denen die betreffenden wirtschaftlichen Bestimmungen vorgeschlagen werden, sehen in einer langen Periode, in gewissen Fällen für 15 Jahre, eine Reihe von Vereinbarungen vor. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf eine unparteiische und gerechte Regelung der Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für zahlreiche Erzeugnisse, wie Kohlen und Zink, die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Der Rat schlug gleichzeitig mit der Annahme dieser Projekte

### Garantien für die politischen Minderheiten

vor, da er hierin eine wesentliche Ergänzung einer politischen Grenzführung erblickt. Nur auf diese Weise war es möglich, den politischen Wünschen der Einwohner die größte Befriedigung zu gewähren und ihnen gleichzeitig den Fortbestand des wirtschaftlichen Wohlergehens zu sichern.

## Die Veröffentlichung des Beschlusses

Genf, 12. Oktober.

Der Beschluß des Obersten Rates über die Lösung der obereschlesischen Frage soll erst nach erfolgter Motivierung an die Regierungen in Berlin und Warschau veröffentlicht werden. Wie man hier heute abend erfährt, soll die Veröffentlichung in den Ententehauptstädten vor den versammelten Pressevertretern stattfinden. In Paris werden J. J. und Bourgeois, in London Bassour und in Rom Imperiali, in Genf der Generalsekretär Sir Eric Drummond der Presse den amtlichen Text mitteilen.

## Die Pariser Blätter zur Stimmung in Deutschland

EE. Paris, 13. Oktober.

In den aus Deutschland eintreffenden Nachrichten über die dort herrschende Aufregung über die Entscheidung des Völkerbundsrates in der obereschlesischen Frage erklären die Pariser Blätter mit seltener Uebereinstimmung, daß diese Aufregung politische und eine Ministerkrise entfesseln werde, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, dann müßte es die schweren Konsequenzen, die sich aus seiner Haltung ergäßen, tragen. Heute, da es nicht mehr die Alliierten seien, die diese endgültige Entscheidung getroffen haben, würden alle Intrigen Deutschlands bei einem dieser Alliierten zu nichts führen. Da Deutschland nun einmal den Versailler Vertrag unterschrieben habe, müsse es sich diesen Bestimmungen fügen. Da  $\frac{1}{2}$  der Stimmen Polen zuzählen, so sei es auch gerecht, daß Polen einen Teil des Industriegebietes erhalte.

## Eine „Dramie auf die Revanche“

Paris, 13. Oktober. (W.T.B.)

St. Prices, der die Zuteilung des gesamten obereschlesischen Industriegebietes an Polen befürwortet, schreibt im „Journal“, man könne sich nicht verheißeln, daß die Teilung eines mächtigen Industrieorganismus seinen Ruin nach sich ziehen müsse. Entweder die wirtschaftliche Kommission für Oberschlesien sei nur eine Fiktion und verbinde nicht den Auseinanderfall, oder sie über eine ernste Tätigkeit aus; dann arbeite sie zugunsten Deutschlands. Deutschland habe alle Trümmer in Händen; die erworbene Stellung, den Mechanismus und die Macht des Organismus. Auf diesem Gebiete könne Polen nicht einmal versuchen, zu kämpfen, und wenn die wirtschaftliche Einheit aufrechterhalten bleibe, wie lange könne dann die künstliche territoriale Trennung gegenüber den Interessen Widerstand leisten? Noch einmal biete man, indem man Deutschland amputiere, ihm eine Prämie auf die Revanche.

## Der italienische Sozialistenkongress

I. Mailand, 13. Oktober.

In der gestrigen Vormittagsung sprach als erster Redner Cazzamalle von der Fraktion Serrati. Er stellte fest, daß Kaba tschisch, der Vertreter der Dritten Internationale auf dem Kongress von Livorno, von der Sozialistischen Partei Italiens in respektvoller Weise gesprochen habe, während gestern Clara Zetkin ihren Respekt vor der Partei nicht habe verschweigen können. Die Gruppe Lazzari angehend, erklärte der Redner, daß die Einheit der Partei unbedingt gewahrt bleiben müsse, um ihren vollen Erfolg zu verhindern.

Sillocchi, von der Fraktion Alessandri, wirft den Maximalisten Zweideutigkeit vor und erklärt, die Partei müsse bleiben wie bisher. Wie bis jetzt müsse sie ihre Freiheit bewahren. Auch die individuelle Freiheit müsse wie bisher gewahrt bleiben. Als Sillocchi den Reformisten wegen ihrer Taktik Vorwürfe macht, entpant sich zwischen ihm und Lazzari folgender Wortwechsel: Lazzari: „Wenn du gegen die Reformisten bist, so mußt du auch für Moskau sein.“ Sillocchi: „Ich will nicht nach Moskau gehen, weil die Bedingungen Moskaus nicht für Italien passen und nicht in Italien angewendet werden können.“ Lazzari: „Du bist ja bereits nach Moskau gegangen, als du in Livorno für die Tagesordnung Venturoli (die von Unerwerfung der Partei unter die Beschlüsse der Dritten Internationale sprach) deine Stimme gabst.“ Sillocchi: „Niemand hat jemals an den Ernst der Tagesordnung Venturoli geglaubt.“ Sillocchi schließt seine Ausführungen, indem er die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der Partei betont.

In der Nachmittagsung ergriff als Vertreter der Kommunistischen Internationale Balestri von der Kommunistischen Partei Polens, das Wort, lebhaft begrüßt von der Gruppe Lazzari. Er tadelt die Schreibweise des „Avanti“ und die Laktik der Reformisten, wobei ihn Rodigliani durch Zwischenrufe ständig unterbricht. Als er den Maximalisten Untätigkeit vorwirft, unterbricht ihn Sacorbo mit der Frage: „Was haben denn bis jetzt die Kommunisten getan?“ Balestri erwidert: „Die Kommunisten waren in der Minderheit, ihr aber habt die Mehrheit der Arbeiter gehabt, und ihr tragt infolgedessen die Verantwortung für eure Untätigkeit.“

Es spricht hierauf der Reformist Matteotti und dann Tarracini, der erklärt, daß die verschiedenen Tendenzen in einer Partei nicht verschwinden könnten, da diese das Leben der Partei bedeuten. Wir Maximalisten sind für die Einheit, aus Gründen des Gefühls und der Vernunft.

## Zum Streik im Gastwirtsgewerbe

Die Verständigungsanregung des Berliner Polizeipräsidenten ist seitens der Arbeitnehmer des Gastwirtsgewerbes mit folgender Erklärung beantwortet worden:

Auf den Verständigungsversuch des Herrn Polizeipräsidenten hat das Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen folgendes zu erklären: Das Kartell verbürgt sich dafür, daß von dem Augenblick an, wo sich die Parteien an den Verhandlungstisch setzen, um auf der Grundlage des Entschlusses vom 21. September einen neuen Tarifvertrag zustande zu bringen, die Abwehration der Arbeitnehmer sich noch mehr als bisher streng daraus beschränken wird, die Tätigkeit der Streikposten und die Flugblattverteilung so zu gestalten, wie es der Herr Polizeipräsident selbst als zulässig und berechtigt bezeichnet hat. Das Kartell wird ferner dafür Sorge tragen, daß die am heutigen Tage eingestellten Rockfahnenarbeiten zu derselben Zeit im vollen Umfange wieder aufgenommen werden.“

## Vollsgenossen! Friedenskämpfer!

Am 31. Juli demonstrierten wir unter der Devise „Nie wieder Krieg“, „Du sollst nicht töten!“ Wer machte die Demonstration zu einer gewaltigen Kundgebung?

Nur die sozialistischen Parteien.

Die bürgerlichen Parteien machten geschlossen nicht mit, erklärten sich also für Krieg, für Massenmord.

Wer kämpft für Völkerverständigung in den Schulen?

Nur die sozialistischen Parteien.

Denn sie treten ein für unsere Freunde Rußland, Oesterreich, Rumänien, Anna Siemen.

Wer steht gegen sie, weil sie Pazifisten, weil sie Sozialisten sind?

Die bürgerlichen Parteien.

Wer unterkühlt uns im Kampf gegen den Bau von Kriegsschiffen, die den Völkerhaß zereizigen und einen Raketenkrieg predigen sollen?

Nur die sozialistischen Parteien.

Wer tritt mit uns ein für Kriegstruppel, daß sie menschenwürdig behandelt und der Billik für militärische Versorgungsämter entgegen werden?

Nur die sozialistischen Parteien.

Wer kämpft mit uns für die restlose Abschaffung der Reichswehr?

Nur die sozialistischen Parteien.

Darum, Männer und Frauen, Mütter und Väter, wollt ihr Pazifisten sein, dann geht am 16. Oktober geschlossen eure Stimme ab

## für die sozialistische Einheitsgemeinde

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständigung.

### Raubüberfall in Lichtenberg

Ein Steuersekretär niedergeschlagen und ausgeplündert.

Ein schwerer Raubüberfall wurde in der Nacht auf heute in Lichtenberg verübt. Als der Steuersekretär Tschakowski aus Stolge in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr die Mittelstraße in Lichtenberg in der Richtung nach seiner Wohnung passierte, drangen plötzlich aus einer düsteren Hausnische zwei bis jetzt noch unerkannt gebliebene Männer auf ihn ein, hielten ihm die Pistole vor das Gesicht und schlugen ihn mit einem schweren Gummihüpfel zu Boden. Der Ueberfallene hatte trotz einer schweren Kopfverletzung die Besinnung noch nicht ganz verloren und versuchte, seiner Ausplünderung Widerstand zu leisten. Es gelang ihm jedoch nicht, er verlor schließlich das Bewußtsein und wurde seines Wäschens, seiner Brieftasche mit einem größeren Betrag und seiner goldenen Uhr nebst Ring und Kette beraubt. Die Räuber verschwanden nach Ausübung ihrer Tat im Dunkel der Straße und gaben aus größerer Entfernung noch auf den Ueberfallenen mehrere Revolverkugeln ab. Die Kriminalpolizei hat sofort nach Bekanntwerden des Verbrechens die Ermittlungen in umfassender Weise aufgenommen.

### Schwerer Unfall am Bahnhof Jungfernheide

Ein Streckenarbeiter tot, zwei schwer verletzt

Heute morgen gegen 9 Uhr ereignete sich am Bahnhof Jungfernheide ein schwerer Unglücksfall, dem ein Streckenarbeiter zum Opfer fiel. Als ein Borortzug eben in den Bahnhof einfuhr, überfuhr er drei Arbeiter, die, mit Gleisaufräumarbeiten beschäftigt, das Bahndes Juges nicht bemerkt hatten. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht, es konnte jedoch nur noch der eine Arbeiter als Leiche, die beiden anderen in schwerverletztem Zustand geborgen werden. Die zuständige Bahnverwaltung veranlaßte die Ueberführung der Schwerverletzten nach dem Krankenhaus Westend.

### Knüppelkunge arbeitet!

In Tempelhof werden unsere Parteimitglieder am Anheben von Plakaten gehindert, und zwar von Banden, die von der Deutschen Nationalen Volkspartei gestellt und mit Gummi knüppeln und Ähulken für die deutsch-nationale Kultur beziehenden Werkzeugen ausgerüstet sind.

Was sagt der Herr Polizeipräsident Richter, der sich für ungehörten Verlauf des Wahlkampfes einsetzen wollte, dazu?

### Hallose Verleumdungen

Aus Unlaß des Brandes in Reinickendorf, über den wir gestern berichteten, haben die bürgerlichen Blätter wieder einmal verleumderische Angriffe gegen die Stabverwaltung gerichtet. Die ganze Hallosigkeit derselben ergibt sich aus einer Erklärung des Bezirksamts Reinickendorf, in der es heißt:

„Die zur Bespannung der Fahrzeuge der Feuerwehr erforderlichen Pferde sind Eigentum eines Fuhrherrn; nach einer mit diesem getroffenen Vereinbarung aber auf dem Feuerwehrrundstand untergebracht, um möglichst sofort verwendungsbereit zu sein. Daß die Pferde bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Bränden tagsüber auch noch anderweit Verwendung finden müssen, versteht sich von selbst. Am Brandtage befinden sie sich auf einem in der Nähe gelegenen Ader. Das Feuerwehrdepot liegt in unmittelbarer Nähe des vom Brande betroffenen Grundstücks. Als der Brandmeister bei dem ersten Eintraf, waren zwar im Augenblick Pferde nicht zur Stelle, doch gelang es sofort und ohne jeden Widerstand, die erforderlichen Gespanne von einem gegenüberliegenden, der Stadt Berlin gehörigen Kohlenplatz zu requirieren, zu gleicher Zeit trafen auch bereits die für die Bespannung ständig bestimmten Pferde im Depot ein, so daß ohne Verzögerung nach der Brandstelle abgerückt werden konnte. Zwischen der Ankunft des Brandmeisters beim Feuerwehrdepot und dem Eintreffen der Wehr bei der Brandstelle lag ein Zeitraum von fünf Minuten.“

Die wegen der Aufstellung der Leiter auf der Brandstelle notwendigen Anordnungen sind im vorliegenden Falle vom dem Brandmeister Martin selbst getroffen worden. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß die Leiter in ihrem mittleren Stück durchbroch und der oberhalb der Bruchstelle befindliche Teil infolgedessen herunterfiel. Nach Ansicht des Brandmeisters besteht die Möglichkeit, daß dies auf eine unzuverlässige Anbringung der vorhandenen Bestrebungen zurückzuführen ist, unrichtig ist, daß die Leiter mehr oder weniger war. Als beabzuehlt muß es bezeichnet werden, daß ein derartiger Unglücksfall zum Unlaß genommen worden ist, eine öffentliche Polemik herbeizuführen.“

Nichtsdestoweniger muß man sagen, daß das Feuerlöschwesen in Reinickendorf und auch in anderen Teilen von Groß-Berlin nicht auf der Höhe steht, die es haben würde, wenn die von unserer Partei stets nachdrücklich geforderte Zentralisation des Groß-Berliner Feuerlöschwesens bereits durchgeführt wäre. Das dies nicht der Fall ist, ist aber die ausdrückliche Schuld der bürgerlichen Parteien.



Aus dem Familienleben der Hohenzollern

In fünfstündiger, dramatisch bewegter Verhandlung kämpfte gestern vor dem Landgericht Potsdam die Prinzessin Joachim von Preußen gegen den Prinzen Eitel Friedrich...

Streik in der Hut- und Mützenbranche

Die nach Ablauf des Tarifvertrages für die Hut- und Mützenbranche gepflogenen Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Arbeitgeber nur außerordentlich geringe Zugeständnisse machen wollten...

Gewerkschaftliches

Städtische Angestellte gegen der Tarifvorschlag

Am Mittwoch nahmen die in der A.F.V. organisierten Magistratsangestellten in einer gutbesuchten Versammlung in den Kammerfälen zu den Tarifverhandlungen mit dem Magistrat Stellung...

Drohende Streikgefahr in Halle

Wir berichteten bereits von der Bewegung der Eisenbahner im Direktionsbezirk Halle, die es satt haben, sich länger das Regime Erdners gefallen zu lassen...

Zulagen für Zeitungsträgerinnen. Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Zeitungsträgerinnen nahmen den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen...

Die Lohnbewegung der kaufmännischen Angestellten des Glas- und Keramik-Großhandels beendet! Am Mittwoch, den 5. Oktober 1921, fand in Haverlands Festhallen eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Mitgliederversammlung...

kurzer Diskussion wurde die Abmachung gutgeheißen. Die neuen Gehaltsätze können von den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten im Bureau Belle-Alliance-Strasse 7/10 abgeholt werden.

Angestellte der chemischen Industrie! Dienstag, den 18. Oktober d. Js., abends 7 1/2 Uhr, findet in der 'Brot-Brauerei', Berlin, Fiedrichstraße 2-3, eine geschlossene A.F.V.-Mitgliederversammlung der Angestellten der chemischen Industrie statt...

Arbeiter Sport

Freitag, 14. Oktober

Netzerfreunde. Führung durch die Ausstellung der Bauartgenossenschaft (Kielung, Hasemat, Spielzeug), Köpenick-Quartier-Str. 21. Fortzug von Frau J. Müller...

Parteiveranstaltungen

Dieserigen Diktats, die das Material noch nicht abgeholt haben, werden dringend ersucht, dasselbe sofort abzuholen.

Freitag, 14. Oktober

- 1. Verwaltungsbereich. Abends 7 Uhr Diktatsleiter und Kassierer bei Schurmann, Steintor Str. 11, Abrechnung.
2. Verwaltungsbereich. 15., 16., 17. Diktat. Männer-Chor U. G. V. Treffpunkt 7 Uhr...

Sonnabend, 15. Oktober

- 1. Verwaltungsbereich (Kreuzberg). Alle Parteimitglieder versammeln sich zum Demonstrationssamstag am 15. Okt. nachm. in den Diktats.
2. Diktat. Abends 7 Uhr in den Abteilungsstellen Aussprache der Stimmzettel.

Bereinskalender

Freitag, 14. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 1/2 Uhr findet in den Kammerfälen, Keller-Weihweg-Strasse 31, eine allgemeine Funktionäre-Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt...

Rauchtabak Pfund 18 Mark. Gold-Silber-Platin. Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9.

Botenfrauen sofort gesucht. Expedition W. Senne D. 17, Laskerstraße 2.

Kaufhäuser! Nehmen Sie noch jetzt die günstige Gelegenheit zum Einkauf wahr! Schun wählten wir für die nächsten vier Wochen große Preisauflagen an die Fabrikanten gemahnen.

Kleine Anzeigen. Das Heberich-Kontor! In der Zeit 1.50 M. netto. C. 2, Breite Straße 8-9.

Wichtig für jeden Arbeitnehmer! Reichs-Einkommensteuer Lohnsteuer Abzug vom Arbeitslohn. Von Eugen Prager mit Tabellen, Beispielen und Erläuterungen.

Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9. Expedition W. Senne D. 17, Laskerstraße 2. Expedition Kolbe NO. 18, Weberstraße 25.

Verkäufe. Gardinenhäuser! Nehmen Sie noch jetzt die günstige Gelegenheit zum Einkauf wahr! Schun wählten wir für die nächsten vier Wochen große Preisauflagen an die Fabrikanten gemahnen.

Möbel. Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequem, haltbar, billig. Möbelhaus Rehdorf, Breite Straße 34.

Soeben erschienen! Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande. Von Rudolf Weck. Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr. Preis 8.- Mark.

Verkäufe. Gardinenhäuser! Nehmen Sie noch jetzt die günstige Gelegenheit zum Einkauf wahr! Schun wählten wir für die nächsten vier Wochen große Preisauflagen an die Fabrikanten gemahnen.

Arbeitsmarkt. Handwerker gesucht für den Ausbau des neuen Gebäudes. Verschiedenes. Sprechapparate teilmäßig, moderne gute Hausmusik für alle Spielarten billig.